

Für die Bornheimer wird es teuer



Foto: picture alliance / dpa

Die Bornheimer müssen in den kommenden Jahren tiefer in die Tasche greifen: Mit den Stimmen von CDU und SPD hat der Rat die Steuern erhöht.

BORNHEIM. Der Stadtrat beschließt den Doppeletat 2017/18. Bis 2021 sollen die Steuern deutlich steigen, damit soll auch vermieden werden in den Nothaushalt zu geraten. Die geplante Steuererhöhung rief jedoch Kritik an der Landesregierung hervor.

Von Christoph Meurer, 18.02.2017

Am Ende blieben die Reihen geschlossen. Mit den Stimmen von CDU, SPD und der von Bürgermeister Wolfgang Henseler (SPD) hat der Bornheimer Stadtrat am Donnerstag den Doppelhaushalt 2017/18 beschlossen. Ebenso abgesegnet wurden

die neuen Hebesätze für die Grundsteuer A und B sowie für die Gewerbesteuer – wie auch der Plan, sie in den kommenden Jahren teils deutlich weiter zu erhöhen. Zwar wurde über die Steuern geheim abgestimmt, allerdings votierten so viele Ratsmitglieder (29) dafür wie von CDU und SPD (plus Bürgermeister) anwesend waren.

Arnd Kuhn (Grüne) hatte für den Haushalt eine offene, namentliche Abstimmung beantragt sowie die geheime für die Steuern. Er hatte wohl darauf gesetzt, dass es bei CDU und SPD Abweichler gibt, die dann gegen das von den Fraktionen vorgelegte Konzept stimmen. Dem war aber offenbar nicht so. Grüne, UWG, Linke, FDP und Einzelratsmitglied Paul Breuer (ABB) lehnten den Haushalt ab, und genauso viele Ratsmitglieder (16) votierten in der geheimen Abstimmung gegen die Hebesätze.

Wie berichtet, hatten CDU, SPD und Henseler im Vorfeld der Ratssitzung einen Kompromiss zum Haushalt vorgelegt. Dieser sieht ein Bekenntnis zu Investitionen in Schulen und Kitas vor sowie auch eine Überprüfung, ob sich eine Rathäuserweiterung wirtschaftlich rechnet.

Zugleich wurde das Budget für den Straßenbau auf jährlich vier Millionen Euro gedeckelt. Der Ordnungsdienst soll in die Abendstunden erweitert werden. Kernpunkt des Plans sind die Hebesätze für die Grundsteuern A und B sowie für die Gewerbesteuer.

Am Donnerstag konkret beschlossen wurde die Erhöhung der Sätze für die Grundsteuer A von 260 auf 290 Prozentpunkte, für die Grundsteuer B von 500 auf 595 Prozentpunkte sowie keine Erhöhung für die Gewerbesteuer. Perspektivisch soll der Hebesatz für die Grundsteuer B bis 2021 auf 895 Prozentpunkte steigen, für die Gewerbesteuer auf 515 Prozentpunkte. Die Hebesätze werden jährlich neu beschlossen.

In ihren Haushaltsreden verteidigten CDU und SPD ihr Vorgehen. „Hauptverursacher“ für die Steuererhöhungen sei aus Sicht der Union die Landesregierung, sagte CDU-Frau Petra Heller. „Es ist schon ein Hohn gegenüber den NRW-Kommunen, dass der Landshaushalt erstmalig und auch der Bundshaushalt schon mehrfach ausgeglichen ist und wir vor Ort immer weiter die Steuern erhöhen müssen“, so Heller. Weiter sagte sie, dass es zu vermeiden gelte, in den Nothaushalt zu geraten. Zwar würden auch dann die Steuern erhöht, benötigte Investitionen könnten aber nicht mehr getätigt werden.

Kritik an der Landesregierung

Auch Wilfried Hanft (SPD) malte das Schreckgespenst Nothaushalt an die Wand. Wer den Haushalt ablehne, nehme anscheinend einen Nothaushalt in Kauf. Die SPD trägt die Steuererhöhungen laut Hanft mit, um notwendige Investitionen zu tätigen und den von der Kommunalaufsicht geforderten Haushaltsausgleich bis 2021 zu gewährleisten – obgleich man die Grundsteuer B eigentlich nicht so stark erhöhen wollte. Auch Hanft monierte, dass Land und Bund den Kommunen zu wenig Geld zukommen ließen.

Die Grünen lehnten den Haushalt ab, weil eine erkennbare Strategie zur Verbesserung der finanziellen Situation fehle, sagte Maria Koch in ihrer Rede. Zwar würden die Kommunen von Land und Bund nicht genug unterstützt, „aber das entbindet uns nicht davon, eigene Anstrengungen zu unternehmen“, so Koch. Weiter kritisierte sie, dass die Grundsteuer B deutlich stärker steigen soll als die Gewerbesteuer. Man könne sich ausmalen, was das für die Mieten bedeute.

Ähnlich äußerte sich Else Feldenkirchen (UWG). Steuererhöhungen seien auch eine soziale Frage, sagte sie. „Ein Anstieg der Grundsteuer B trifft nicht nur Hausbesitzer, sondern auch Mieter, infolgedessen auch viele Rentner, Alleinerziehende und Einkommensschwache.“ Feldenkirchen schloss sich der Kritik an Land und Bund an. Von der Stadt forderte sie unter anderem ein besseres Personalmanagement – etwa weniger Beamte und mehr Angestellte einzusetzen.

Jörn Freynick (FDP) nutzte seine Haushaltsrede für eine Generalabrechnung mit der rot-grünen Landesregierung. Sie sei der Hauptgrund für die schlechte Lage der Stadt. Diese erhalte vom Land immer mehr Aufgaben wie die Unterbringung von Flüchtlingen, die Kinderbetreuung oder die Inklusion. Das Land sei aber nicht bereit, dafür auch zu zahlen.

Für die Steuererhöhung mache er nicht CDU und SPD in Bornheim, sondern die Landesregierung verantwortlich, so Freynick. Die beiden Fraktionen vor Ort machten sich allerdings „zum Inkassounternehmen der Landesregierung“. Die FDP hätte die Erhöhung der Grundsteuer B mitgetragen, wenn das Geld vor allem in die Sanierung der Straßen geflossen wäre. Die Erhöhung der Gewerbesteuer lehnten die Liberalen ab.

Michael Lehmann (Linke) nannte die Erhöhung der Grundsteuer B „vollkommen inakzeptabel“, da von ihr auch Mieter betroffen seien, „die finanziell nicht so auf Rosen gebettet sind“. Wenn kein Geld da sei, müsse man „hohe Standards und lieb gewordene Gewohnheiten überdenken“, so Lehmann. Beispielhaft fragte er, ob der Hallenbereich des Schwimmbads nicht im Sommer geschlossen werden könnte oder warum jeder Ortsteil einen Sportplatz brauche.

Auch er kritisierte, dass das Land immer neue Aufgaben ohne finanzielle Deckung zuweise. In dieser Hinsicht bildete Paul Breuer (ABB) keine Ausnahme. Land und Bund ließen die Kommunen bei der Flüchtlingsbetreuung im Stich. Die Steuererhöhungen seien wiederum ein „Schlag ins Gesicht eines jedes Bürgers, der im täglichen Leben mühsam sein Geld zum Lebensunterhalt verdienen muss“.

Bevor Arnd Kuhn (Grüne) die namentliche beziehungsweise geheime Abstimmung beantragte, rechnete er vor: Durch die geplante Erhöhung der Grundsteuer B müsse ein Durchschnittshaushalt im Jahr 2021 550 Euro mehr pro Jahr bezahlen.

Bürgermeister Henseler hielt mit einer anderen Rechnung dagegen. Der Beschluss zur Erhöhung der Steuern, bedeute im Jahr 2017 für ein Einfamilienhaus eine Mehrbelastung von acht Euro pro Monat.

BONNER RUNDSCHAU

Schelte im Stadtrat: Bornheimer Etat mit Haushaltssicherungs-Konzept verabschiedet

Von Jacqueline Rasch 17.02. 2017

Er habe von CDU-Ratsmitgliedern gehört, die den Steuer-Deal mit der SPD (wir berichteten) nicht mittragen wollten, sagte Grünen-Sprecher Dr. Arnd Kuhn, und die sollten sich nicht einem Fraktionszwang beugen müssen. Daher hatte er für das Votum des Rates über die zwischen Schwarz und Rot abgesprochenen neuen Steuersätze am Donnerstagabend geheime Abstimmung gefordert. Aber „Umfaller“ gab es nicht, beide Fraktionen stimmten unisono (29 Stimmen) für ihr Steuerpaket, alle anderen Fraktionen (16 Stimmen) dagegen.

Auch **Petra Heller (CDU)** rechnete ab: „Zum Wohle der Stadt sind wir über unseren Schatten gesprungen **und machen damit auch den Ränkespielen der kleinen Fraktionen, die sich als ‚Zünglein an der Waage‘ recht wohlfühlen, ein Ende.**“ Sie habe das Gefühl, einigen im Rat liege nur daran, zu zündeln oder Sand ins Getriebe zu streuen. Einiges sei für die Haushaltssanierung getan worden, Steuern, Gebühren und Eintrittsgelder wurden erhöht, doch die Beträge seien vergleichsweise gering. Aber die CDU sei nicht bereit, das Schwimmbad zu schließen, Kitas in kleineren Ortsteilen ausbluten zu lassen, auf die Familienhebamme oder die Schulsozialarbeit zu verzichten. „Uns liegt die Identifizierung mit den Ortschaften am Herzen“, betonte Heller. Ihren Sparkurs habe die CDU ein Stück weit zugunsten der Sicherheit verlassen: Die Ausweitung des Ordnungsaußendienstes in den Abendstunden sei unabdingbar. Sparpotenzial sieht Heller bei den Flüchtlingsunterkünften: Weil deren Zuzug stagniere, seien keine zusätzlichen Bauten nötig.

Wer investieren wolle, müsse auch für den Haushaltsausgleich sorgen und dürfe sich nicht wegducken, betonte auch SPD-Sprecher Wilfried Hanft. Die Sozialdemokraten wollten „die Erfolgsstory unserer Gewerbegebiete fortsetzen und weitere Flächen in Sechtem und Hersel ausweisen.

Radverkehr und Straßenausbau

Die Gewerbesteuer bleibt denn auch 2017 unverändert, steigert erst 2018 – anders als die Grundsteuer B. Eine Handlungsmaxime sei neben dem Radverkehr das Straßenausbauprogramm.

Sie würden sich nicht aus der Verantwortung stehlen, machte Maria Koch für die Grünen klar, ihnen sei der Haushalt schlicht nicht mutig genug, es fehlten klare Strategien, eine ganzheitliche Betrachtung über Dezernatsgrenzen hinweg. Statt mit Digitalisierung und eGovernment Zeit für „intelligente Arbeit“ zu schaffen, werde beim Personal mit dem Ordnungsaußendienst noch draufgesattelt. Bodenmanagement, Parkraumbewirtschaftung, interkommunale Kooperationen könnten die Etatsituation nachhaltig verbessern. Falsch, weil längerfristig unwirtschaftlich, finden es die Grünen, auf den Rathausneubau zu verzichten. Hier gehe es „nicht um einen neuen Prachtbau für König Henseler II., sondern um Einsparpotenzial“. Der Steuer-Kompromiss sei für die SPD teuer erkauf und habe nichts mit Solidargemeinschaft oder Steuergerechtigkeit zu tun, sagte Koch.

„Trotz Sparbemühungen können wir nur wenig ausrichten mit einem Haushaltsdefizit von fast 12 Millionen Euro“, analysierte Jörn Freynick (FDP) in seiner Etatrede, die schon des Landtagswahlkampfes würdig gewesen wäre. Schelte an der Düsseldorfer Vorgabe, Ausschussvorsitzende besser zu bezahlen, mündeten in der Forderung: „Jäger muss weg!“, die untätige Landesregierung sei letztlich auch schuld am gruseligen Zustand Bornheimer Straßen. Vor Ort seien noch rund 100 000 Euro verschwendet worden, um über das „Luxusproblem von verkalkten Wasserkochern“ zu diskutieren. Auch die FDP hätte sich mehr Mut gewünscht in dem Sinne, dass keine Mehrheit für Steuererhöhungen zusammengekommen wäre.

Viele Posten gehörten auf den Prüfstand, machte Else Feldenkirchen für die UWG deutlich: bei Personalaufwendungen ebenso wie bei Standards. Mit den Transferleistungen an Kreis und Landschaftsverband (rund 45 Millionen jährlich) und den Personalkosten (rund 25 Millionen Euro) seien schon 90 Prozent des Etats verplant. Die Höhe der Verbindlichkeiten sei „unverantwortlich“, Steuererhöhungen das falsche Signal.

„Mit der inakzeptablen Erhöhung der Grundsteuer B werden Fehlbeträge auf dem Rücken der wehrlosen Bevölkerung ausgetragen“, schimpfte Michael Lehmann (Linke) und fragte, warum das Hallenfreizeitbad ganzjährig geöffnet sei und warum jeder Ortsteil einen Sportplatz brauche. Dreimal „Nein“ kam von Paul Breuer (ABB): Nein zur Flüchtlingspolitik der Stadt, Nein zu Steuererhöhungen, Nein zu Straßensanierungen gegen den Bürgerwillen.

– Quelle: <http://www.rundschau-online.de/25758118> ©2017